

Geht der Arbeitsgesellschaft wirklich die Arbeit aus, wie Hannah Arendt meinte, und erfüllt sich tatsächlich der alte Menschheitstraum von weniger arbeiten und länger leben? Der renommierte Arbeitssoziologe Dieter Sauer kann zeigen, dass mit solchen Schlagwörtern wenig gewonnen ist. Von einem Ende der Arbeitsgesellschaft, so Sauer, könne keine Rede sein. Richtig sei aber, dass sie radikalen Umwälzungsprozessen ausgesetzt sei, die den betroffenen Gesellschaften große Anpassungsleistungen abverlangten, zugleich aber – Stichwort „neue Autonomie in der Arbeit“ – auch viele Chancen eröffneten.

Dieter Sauer

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Soziologische Deutungen in zeithistorischer Perspektive

Beim Thema „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ stellt sich schnell die Frage ein, ob wir es überhaupt noch mit einer Arbeitsgesellschaft zu tun haben. War nicht immer wieder „Vom Ende der Arbeitsgesellschaft“ die Rede? Viele werden sich an Hannah Arendt erinnern, deren 100. Geburtstag letztes Jahr gefeiert wurde und die schon 1958 in ihrem Buch „Vita Activa“ vor einer Arbeitsgesellschaft warnte, der die Arbeit ausgegangen sei¹. Anderen werden die Debatten um die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ in den achtziger Jahren einfallen, schließlich firmierte der Soziologentag in Bamberg 1982 unter diesem Titel².

Warum steht im Titel dieses Aufsatzes dann aber „Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ und warum steht dahinter nicht zumindest ein Fragezeichen? Zunächst mag es für einen seriösen Sozialwissenschaftler heute einigermaßen kühn erscheinen, überhaupt noch über die Zukunft und noch dazu einer ganzen „Gesellschaft“ reden zu wollen. Früher war das anders. Als ich Anfang der siebziger Jahre noch als Student in einem Forschungsprojekt arbeitete, war es geradezu selbstverständlich, Prognosen über die zukünftige Entwicklung vorzulegen. Wir untersuchten damals die Auswirkungen von Technik und Rationalisierung auf die Arbeit der Beschäftigten der Deutschen Bundespost und kamen zu relativ detaillierten Aussagen in kurz-, mittel- und langfristiger Perspektive. Aber auch in den achtziger Jahren war es noch durchaus üblich, Prognosen zu einzelnen Entwicklungslinien von Arbeit zu formulieren. Es war die Zeit der Zukunftsdebatten. Die Entwicklung von Technik und Arbeit schien sich in einigermaßen stabilen Korridoren zu bewegen: In den siebziger Jahren, noch unter dem Vorzeichen tayloristischer Produktionsmethoden, waren die Aussichten für Industriearbeit – die

¹ Vgl. Hannah Arendt, *Vita Activa oder vom Tätigen Leben*, München 2005, Erstausgabe Chicago 1958. – Der vorliegende Aufsatz geht auf einen Vortrag im Institut für Zeitgeschichte am 4. 7. 2006 zurück.

² Vgl. Joachim Mathes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages*, Frankfurt a. M. 1982.

damals im Zentrum stand – eher negativ. In den achtziger Jahren, in Zeiten der technologischen Gestaltungseuphorie und der arbeitsorganisatorischen Umgestaltung, schlug das Pendel in eine eher positive Richtung aus.

Spätestens zu Beginn der neunziger Jahre war es mit einigermaßen klaren Aussagen zur zukünftigen Entwicklung von Arbeit vorbei. Jetzt war die Rede von einer „neuen Unübersichtlichkeit“, von uneindeutigen Entwicklungen, von Paradoxien, Ambivalenzen und Heterogenitäten. Mit Aussagen über die Zukunft der Arbeit ist man seitdem sehr zurückhaltend. Dieses Feld wurde von den Gurus der Unternehmensberaterszene mit ihren neuen Managementkonzepten und den sogenannten Trendforschern besetzt. Das Ganze erhielt mehr den Charakter von Moden. Die Zukunft ist selbst ein Markt geworden: Nicht nur im Sinne von Marktforschung, bei der es um die Erkundung neuer Bedürfnisse und damit neuer Märkte für neue Produkte geht – das gibt es schon lange –, sondern auch für gesellschaftliche Zukünfte. In unsicheren Zeiten steigt der Diagnose- und Prognosebedarf, und es gibt natürlich auch Wissenschaftler, die diesen Markt mit gängiger „Ware“ bedienen. Die Bereitschaft von Sozialwissenschaftlern, sich ernsthaft an gesellschaftliche Zeitdiagnosen und -prognosen zu wagen, ist dadurch nicht größer geworden. Der Grat zwischen nüchterner wissenschaftlicher Analyse und gewagter Spekulation erscheint noch schmaler als in früheren Zeiten.

Damit sind die Fragen, die im Zentrum dieses Essays stehen, bereits benannt: Was charakterisiert die gegenwärtige Gesellschaft als „Arbeitsgesellschaft“? Wie verändert sich diese Arbeitsgesellschaft? Welche historischen Entwicklungstendenzen lassen sich bei aller Zurückhaltung heute erkennen? Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen von Zeitdiagnosen und Zukunftsprognosen?

Das Ganze ist ein weites Feld, das zu seiner Bearbeitung natürlich einer Einschränkung und Zuspitzung bedarf. Sie liegen in meiner Perspektive als Arbeits- und Industriesoziologe, mit eigenen Untersuchungsfeldern und -gegenständen, und sie liegen in dem gesellschaftstheoretisch angeleiteten Blick auf die Gesellschaft als eine kapitalistische. Hinzu kommt, dass mein Erkenntnisinteresse sich nicht auf Wissenschaft im akademischen Sinne beschränkt, sondern sich immer auch auf das Verhältnis zur gesellschaftliche Praxis richtet.

1. Vom Ende zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft?

Die Thesen von der Krise oder dem Ende der Arbeitsgesellschaft sind zwar alt, haben aber – in aktualisierter Form – immer wieder Konjunktur. In der soziologischen Debatte haben sie eine gewisse Prominenz seit dem Bamberger Soziologentag 1982, der unter dem Motto „Krise der Arbeitsgesellschaft?“ stand. Damals ging es um die Folgen-Visionen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, vor allem im Hinblick auf Arbeitszeit und Beschäftigung. Man hatte sich noch nicht an eine konstant hohe Arbeitslosenrate gewöhnt, die Arbeitszeitverkürzung erreichte Mitte der achtziger Jahre mit der 35-Stunden-Woche ihren Höhepunkt, und man dachte, dass dies so weitergehen würde. Außerdem ging es um die Durchsetzung von Wertewandel, um die neue Bedeutung sogenannter „post-aquisitiver oder post-materieller Werte“. Und schließlich

ging es um eine neue Freizeitkultur, die zunehmende Bedeutung von Freizeit und Vergnügen, die dann zur Formulierung einer Erlebnis- oder Spaßgesellschaft³ geführt hat. Wie für alle anderen Argumente lassen sich auch hierfür mit Blick auf veränderte Konsumgewohnheiten, Unterhaltungsindustrie, Schönheits- und Fitnesswelt durchaus empirische Belege finden. Die These erinnert jedoch noch mehr an schon etwas ältere Gesellschaftsvisionen, wie die der Überflusgesellschaft von John Kenneth Galbraith⁴ oder an Herbert Marcuses Kritik an der eindimensionalen Gesellschaft⁵.

Die Bamberger Thesen vom Ende der Arbeitsgesellschaft haben sich bekanntlich nicht lange gehalten⁶. Aber es gab auch einige Neuauflagen, vor allem angesichts der sich verändernden globalen weltwirtschaftlichen Situation: Zu nennen wären hier etwa die viel beachteten Aussagen von Jeremy Rifkin⁷, André Gorz⁸ oder auch von Ulrich Beck⁹, dass „der Kapitalismus auf Dauer die Arbeit abschaffen wird“. Von ihnen und anderen Soziologen gibt es vor diesem Hintergrund eine Reihe von Vorschlägen, die Engführung auf „Erwerbsarbeit“ aufzugeben und den Blick auf andere Formen von Arbeitstätigkeit zu erweitern: Auf Eigenarbeit, gesellschaftliche Arbeit oder Bürgerarbeit, wie Beck es vorgeschlagen hat. Auch die Diskussion darüber ist inzwischen wieder abgeebbt, da sich diese Konzepte auf gesellschaftlicher Ebene als nicht durchführbar oder zumindest nicht durchsetzbar erwiesen haben.

Damals wie heute hat die Gegenthese „Kein Ende der Arbeitsgesellschaft“ aus meiner Sicht die besseren Argumente und die empirische Evidenz auf ihrer Seite. So wird in dem im Jahre 2005 erschienenen ersten Band der Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands mit dem Titel „Arbeits- und Lebensweisen“ festgestellt: „Deutschland bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Erwerbsbeteiligung ist für die große Mehrheit der Bevölkerung die Aktivität, die ihre Lebensweise bestimmt und über ihre soziale Sicherung entscheidet. Daran haben bislang weder demografische Trends noch veränderte Lebensweisen, noch gesamtwirtschaftliche Unterbeschäftigung etwas Grundlegendes geändert. [...] Die Zahl der Erwerbspersonen hat in Westdeutschland langfristig absolut wie relativ (als Erwerbsquote gemessen) zugenommen, während die der Nichterwerbspersonen leicht abnahm. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts liegen die Erwerbsquoten (nach dem Mikrozensus 2002) für Männer bei gut 80 %, für Frauen im Westen bei ca. 64 % (im Osten bei 73 %). Der Erwerbswunsch liegt

³ Vgl. Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1992.

⁴ Vgl. John Kenneth Galbraith, *Gesellschaft im Überfluß*, München/Zürich 1959 („The Affluent Society“, 1958).

⁵ Vgl. Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Frankfurt a. M. 1967 („The one-dimensional Man“, 1964).

⁶ Vgl. Gert Schmidt, *Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß*, Berlin 1999.

⁷ Vgl. Jeremy Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt a. M. 1996.

⁸ Vgl. André Gorz, *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt a. M. 2000.

⁹ Vgl. Ulrich Beck (Hrsg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt a. M. 2000.

noch deutlich höher: Berücksichtigt man die zusätzliche stille Reserve, so haben (nach dem Sozio-ökonomischen Panel 2001) nur 10 % der Männer und nur 18 % der westdeutschen bzw. 15 % der ostdeutschen Frauen keine Erwerbsorientierung. Gewinnt der Arbeitsmarkt als zentrale gesellschaftliche Teilhabeinstanz auf der Angebotsseite mithin noch eher an Bedeutung, steht dem jedoch eine schwächere Nachfrage gegenüber. Die realisierte Erwerbsbeteiligung gemessen an den erwerbstätigen Quoten oder am Volumen bezahlter Erwerbsarbeitsstunden ist insgesamt rückläufig und differenziert sich sozial aus.¹⁰

Das, was da am Schluss – eher harmlos – als schwächere Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beschrieben wird, ist nichts anderes als die schon lang andauernde Massenarbeitslosigkeit. Mit ihr wächst auch kognitiv die Bedeutung von Erwerbsarbeit gerade dann, wenn das Erwerbsarbeitsvolumen knapper wird. Die Freisetzung von Erwerbsarbeit ist in Form der Arbeitslosigkeit gesellschaftlich stigmatisiert. Viele fühlen sich einer zentralen gesellschaftlichen Identifikationsform und damit sozialer Anerkennung und sozialer Netzwerke beraubt, sie fühlen sich ausgeschlossen und diskriminiert. Diese Verinnerlichung einer gesellschaftlichen Orientierung an Erwerbsarbeit zeigt sich auch in Studien, die nachweisen, dass Arbeitslosigkeit krank macht: Die Zahl ernsthafter Erkrankungen liegt bei arbeitslosen Männern um 63 Prozent und bei arbeitslosen Frauen um 37 Prozent über der von Berufstätigen. Langzeitarbeitslose haben ein 3,4-fach höheres Sterblichkeitsrisiko und leiden häufig gleichzeitig unter einer ganzen Reihe verschiedener Erkrankungen¹¹.

Von einem Ende der Arbeitsgesellschaft im Sinne einer abnehmenden Bedeutung von Erwerbsarbeit kann also gegenwärtig nicht die Rede sein. Die vorherrschende Parole „Hauptsache Arbeit“ indiziert aber eine massive Krise dieser Arbeitsgesellschaft. Da diese jedoch deutlich auf den Typus der westlichen Arbeitsgesellschaften zentriert und von spezifischen Merkmalen der bundesdeutschen Entwicklung geprägt ist, macht es Sinn, zuerst einen Blick auf globale Entwicklungstendenzen zu werfen, da diese sowohl für die Ursachen der Krise wie für mögliche Auswege wichtige Bedingungen setzen.

2. Weniger arbeiten und länger leben – Menschheitstraum oder säkularer Fluch?

Werfen wir einen Blick auf die gegenwärtigen Prognosen zur Entwicklung der Weltbevölkerung, der Industriearbeit und der Lebenserwartung, so erkennen wir ein Zukunftsszenario, das dem Menschheitstraum vom weniger arbeiten und länger leben immer näher kommt. In den entwickelten westlichen Industriegesellschaften, vor allem in Deutschland, wird diese Entwicklung in Medien und Politik

¹⁰ Soziologisches Forschungsinstitut (künftig: SOFI)/Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (künftig: IAB)/Institut für sozialwissenschaftliche Forschung München (künftig: ISF)/Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (künftig: INIFES) (Hrsg.), Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeits- und Lebensweisen. Erster Bericht, Wiesbaden 2005, S. 13 f.

¹¹ Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse (www.tk-online.de).

meist als Krise oder Katastrophe thematisiert, als säkularer Fluch vom weniger arbeiten und länger leben *müssen*. Die Reaktion darauf erscheint paradox: Länger leben wird vorrangig als Kostenproblem der Rentenversicherung wahrgenommen, und auf die Tendenz, weniger arbeiten zu müssen, reagiert man mit dem Patentrezept: Länger arbeiten¹².

Die Bevölkerungsentwicklung

Das drohende Szenario einer Bevölkerungsexplosion, das davon ausgeht, dass die Menschheit in der derzeitigen Geschwindigkeit weiter wächst, scheint sich nicht zu bewahrheiten. So hat sich nach Angaben der UNO die durchschnittliche Kinderzahl innerhalb von rund 50 Jahren weltweit von fünf bereits auf drei, genauer 2,8 (in 2003), verringert. Konnte man 1990 noch einen jährlichen Zuwachs von 90 Millionen Menschen weltweit verzeichnen, so waren es 10 Jahre später nur mehr 77 Millionen¹³. In Deutschland, als Beispiel für die entwickelten Industrieländer, lag die Geburtenrate bereits 1971 mit 2,1 unterhalb des Ersatzniveaus, heute liegt sie bei 1,3¹⁴. Betrachtet man die Länder mit hoher Bevölkerungsdynamik, die ja immer als Ursache für die Explosion herangezogen werden, so wird die veränderte Entwicklung noch deutlicher: Die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau ist in Indien von 5,7 im Jahre 1970 auf 3,0 im Jahr 2000 gefallen, in China mit einer starken Geburtenkontrolle von 5,7 auf 1,7¹⁵.

Zum ersten Mal wird in den niedrigen Varianten der Projektion zur Bevölkerungsentwicklung ein Sinken der Weltbevölkerung ab 2030 erwartet. Die Gründe liegen in der stark voranschreitenden Urbanisierung, in einer generellen Verbesserung der medizinischen Versorgung und nicht zuletzt in der rasanten Industrialisierung der Entwicklungsländer, allen voran jenen in Asien. Eine Ausnahme ist Schwarzafrika: Massive Armut führt hier immer noch zu Geburten von 5–7 Kindern pro Frau. Das Bevölkerungswachstum wird hier jedoch von Hungersnöten, Aids und Bürgerkriegen nach unten korrigiert. Prognosen sind hier noch schwieriger.

Die industrielle Produktion

Die Tatsache, dass in den westlichen Industrieländern der Anteil industrieller Produktion und damit auch die Zahl der Arbeitsplätze für Industriearbeiter immer stärker sinkt, hat damit zu tun, dass die Industrialisierung der Welt mit großen Schritten weitergeht. Hier im Westen schafft der Kapitalismus die Arbeit

¹² Vgl. zum Folgenden Markus Pohlmann, Die Gegenwart der Zukunft: Das Management und der Wandel der Arbeitsgesellschaft, in: Ulrich Brinkmann/Karoline Krenn/Sebastian Schief (Hrsg.), Endspiel des Kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas, Wiesbaden 2006, S. 218–238.

¹³ United Nations Population Fund, The State of the World Population 2002, New York 2002 (www.unfpa.org).

¹⁴ Vgl. dazu und auch im Folgenden Ingomar Hauchler u. a. (Hrsg.), Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt a. M. 2003.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 67 f.

ab – soweit liegen Hannah Arendt, André Gorz, Jeremy Rifkin und Ulrich Beck mit ihren Vorhersagen ja richtig. Nur weltweit nimmt die Arbeit zu. Insbesondere der Aufholprozess der ostasiatischen Ökonomien ist bemerkenswert: Für dieselbe Industrieentwicklung, für die Deutschland und Japan über 80 Jahre benötigten, brauchten Südkorea und Taiwan nur noch ca. 35 Jahre, und China wird diese Aufholgeschwindigkeit noch übertreffen. Bis auf eine kurze Baisse Anfang der neunziger Jahre ist deswegen die Weltindustrieproduktion stetig gewachsen. Immer mehr Entwicklungsländer werden binnen kurzer Zeit zu Industrieländern. Die Entwicklung zeigt auch, dass sich dieser Wachstumsprozess nicht auf die Produktion arbeitsintensiver Güter wie etwa Bekleidung und Unterhaltungselektronik beschränkt. Schaut man auf die Bedeutung jüngerer innovativer Industrien, wie z. B. der Elektronikindustrie, so belegen Japan, Südkorea und Taiwan gemessen an Umsatz und Export Spitzenplätze, und China begibt sich auf eine rasante Aufholjagd¹⁶. Dadurch verschärft sich die Konkurrenz unter den Industrieproduzenten, die die Rationalisierungsdynamik weiter anheizt und auch in den westlichen Industrieländern zu noch mehr Freisetzungen von Arbeitskräften führen wird. Das heißt: auch ohne die stark voranschreitende Rationalisierung in der Produktion deutet sich damit bereits eine säkulare Wende im gesellschaftlichen Bedarf an Arbeitskräften in den westlichen Industrieländern an.

Trifft eine stark wachsende weltweite Industrieproduktion auf eine gleichzeitig langsamer wachsende oder gar schrumpfende Weltbevölkerung, so sinkt die gesellschaftlich notwendige Zeit, die mit Erwerbsarbeit verbracht werden muss, und sie sinkt zuerst in den westlichen Industrieländern. Die Folge für die westlichen Industrieländer ist derzeit bereits: ein säkularer Trend steigender Arbeitslosigkeit und der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Absicherung zu einer Zeit, in der sie mehr denn je benötigt wird. Hinzu kommt, dass gleichzeitig in allen Industrieländern die Lebenserwartung der Menschen stark gestiegen ist. Daraus ergibt sich ein anderer Stellenwert von Erwerbsarbeit für jeden Einzelnen.

Arbeitszeit und Lebenszeit in den westlichen Industrieländern

Die Prognosen zur durchschnittlichen Lebenserwartung, die von Medizinern vorgelegt werden, sind beeindruckend. Bereits für die im Jahre 2025 Geborenen rechnet man mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren. Die Gene, die für Alterungsprozesse bei Mensch und Tier sorgen, sind entdeckt, bei Tieren werden Möglichkeiten der Manipulationen von Altersgrenzen bereits erforscht. Als konservative Schätzung von Alterungsexperten gilt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung im Jahr 2150 bei ca. 125 Jahren liegen wird, einige Menschen werden dann 150 Jahre alt. Damit würde sich – geht man von heute aus – die Lebensspanne jedes Einzelnen fast verdoppeln¹⁷.

¹⁶ Vgl. Markus Pohlmann, Innovationen im internationalen Vergleich: Der asiatisch-pazifische Raum, WSI-Mitteilungen 58 (2005), Heft 3, S. 156–161.

¹⁷ Vgl. James Vaupel, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (<http://www.berlin-institut.org/>).

Was heißt das für die Zeit, die wir mit Erwerbsarbeit zubringen können, müssen oder wollen? Was das physiologische Können angeht, sind die Mediziner heute eher optimistisch. Viele Langzeitstudien sprechen für eine Komprimierung der Krankheits- und Behinderungslast. Das heißt, dass die körperliche Gebrechlichkeit sich nicht gleichzeitig mit unserer Lebensspanne vergrößern wird. Länger leben und gesünder alt werden, dieser Traum der Menschheit scheint sich in den westlichen Industrieländern langsam, aber sicher zu verwirklichen.

Welche Konsequenzen hat dies für die Gesamtarbeitszeit gemessen an der Lebenszeit? 2003 arbeiteten die Erwerbstätigen in Deutschland rund 2722 Stunden und gingen durchschnittlich nach 38 Jahren in Rente oder Pension. Umgerechnet auf die Lebenszeit macht dies rund 15 Prozent aus. Bei einer prognostizierten Lebenserwartung von 100 Jahren wird die Lebensarbeitszeit insgesamt nur noch 12 Prozent der Lebenszeit beanspruchen. Bei fortgesetzter Rationalisierung wird die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit der Menschen im 21. Jahrhundert schließlich sogar auf 10 Prozent der Lebenszeit zurückgehen – also auf insgesamt, die Freizeiten eingerechnet, rund 15 Jahre Arbeitszeit in einem 100-jährigen Leben sinken¹⁸. Diese Zeit wird aller Voraussicht nach hinreichend sein, um in einer global agierenden Wirtschaft die Bedarfsdeckung auf hohem Niveau aufrechterhalten zu können. Länger leben, gesünder alt werden und zugleich die Möglichkeit haben, weniger Zeit mit Erwerbsarbeit zu verbringen, ist vor dem Hintergrund dieser Prognosen eine durchaus realistische Perspektive. Doch je mehr die Verwirklichung dieses Menschheitstraumes für die Industrieländer in greifbare Nähe rückt, desto stärker wird er als gesellschaftlicher Albtraum empfunden. Weniger arbeiten und länger leben wird zu *der* Problemkonstellation der westlichen Arbeitsgesellschaft im 21. Jahrhundert.

3. Zum Verhältnis von Prognose und Diagnose

Die skizzierten Zukunftsszenarien beruhen im Wesentlichen auf klassischen Trendextrapolationen: das heißt, sie verlängern einfach die Gegenwart in die Zukunft. Anspruchsvollere Szenarien gehen von speziellen Berechnungen über die Entwicklung bestimmter Indikatoren aus, machen Annahmen über das Gewicht von Einflussgrößen und kommen dann zu quantitativen Ergebnissen, die ebenfalls einen sehr exakten Eindruck machen. Es handelt sich aber auch hier nur um Einschätzungen, die mehr oder weniger wahrscheinlich sind – nur kann man die Wahrscheinlichkeit dann auch noch quantifizieren. Das ist aber nicht unbedingt das Hauptgeschäft von Soziologen, denn bei den skizzierten Szenarien handelte es sich um demografische, ökonomische und medizinische Prognosen. Diese zusammenzuführen und zu interpretieren ist schon eher eine soziologische Aufgabe.

Die Qualität solcher Trendbeschreibungen und Zukunftsszenarien hängt nicht nur von den verwendeten Daten und den gemachten Berechnungen ab, sondern

¹⁸ Vgl. Pohlmann, Die Gegenwart der Zukunft, in: Brinkmann/Krenn/Schief (Hrsg.), Endspiel, S. 224.

zumindest ebenso von den ihnen zugrunde liegenden Annahmen und dem theoretischen und historischen Bezugsrahmen. Solche Prognosen sind in der Regel ein dürftiger Ersatz für die Tatsache, dass es auf der Zeitstrecke von der Gegenwart in die Zukunft keine Sicherheit der Analyse gibt. Wir haben keine Analysen des noch nicht Geschehenen. Für die Analyse der Gegenwart als Geschichte gibt es Regeln, die auf wissenschaftlichen Methoden beruhen. Dennoch ist auch sie nicht „objektiv“, sie ist umstritten. Man muss also um die Interpretation der Geschichte kämpfen, und je näher sie an der Gegenwart liegt, umso heftiger. Das, was sich wissenschaftliche Prognose nennt, ist meist eine Verlängerung der Gegenwart, die dann als Gegenwart plus Zukunft genannt wird. So etwas kann nützlich sein – wie die von mir vorgestellten Prognosen –, man darf dabei aber nicht vergessen, dass die Handlungen vieler Menschen und die Wechselbeziehungen der Zukunft nicht vorherzusehen und zu kalkulieren sind. Dies gilt umso mehr für die Zukunft einer ganzen Gesellschaft.

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft lässt sich nicht prognostizieren. Aber auch eine zeitdiagnostische Deutung der Gegenwart wagt einen Blick in die Zukunft. Insofern gibt es einen fließenden Übergang zwischen Diagnose und Prognose. „Jeder Prognose wohnt ein unvermeidbares Moment der Spekulation inne. Diese bestimmt nolens volens ihren Charakter, aber nicht ihre Funktion.“¹⁹ Der Blick in eine mögliche Zukunft sagt uns oft mehr über die Gegenwart als über die Zukunft selbst. Denn, so Max Weber, „über die kausale Bedeutung der Tatsachen der Gegenwart als ‚Ursachen‘ ‚entscheidet‘ endgültig erst die Zukunft und der Übergang von rationaler zu spekulativer Kalkulation ist völlig flüssig, da keine auf die Zukunft abgestellte Berechnung von unerwarteten Zufällen objektiv gesichert ist“²⁰.

So wie man über die Vergangenheit nicht schreiben kann, wie sie „wirklich“ war, sondern nur wie wir sie heute deuten, bestimmt auch die Gegenwart die „Wirklichkeit“ der Zukunft. Die hehrste Funktion der Prognose ist deswegen die Diagnose. Ebenso wie die Geschichtsschreibung gibt sie einer soziologischen Interpretation ihren Rahmen, ihre Such- und Fixpunkte. Vorhersehen, so Antonio Gramsci, bedeutet „Gegenwärtiges und Vergangenes als in Bewegung befindlich gut zu beobachten. Gut beobachten heißt, die fundamentalen und permanenten Elemente des Prozesses genau zu identifizieren. Es ist aber absurd, an eine rein ‚objektive‘ Voraussage zu denken.“²¹ Die Zukunft ist kein aus der Vergangenheit und Gegenwart zu verlängerndes Faktum, sie wird gemacht. Also geht es um die Potenzialität in den gegenwärtigen Verhältnissen, denn diese enthalten nicht nur eine Zukunft, sondern viele Varianten davon. Gramsci hat auch die Aufgabe einer Zeitdiagnose ganz treffend formuliert: „Die reale Identität unter der scheinbaren Differenzierung zu finden und die substantielle Verschiedenheit

¹⁹ Ebenda, S. 233.

²⁰ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. rev. Aufl., hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1985, Erstauflage 1922, S. 92.

²¹ Antonio Gramsci, *Philosophie der Praxis*, Frankfurt a. M. 1967, S. 319.

unter der scheinbaren Identität, das ist die wesentliche Qualität des Historikers der sozialen Entwicklung.“²²

4. Die Auflösung der fordistischen Arbeitsgesellschaft

Das, was weltweit als Möglichkeit der Befreiung von notwendiger Arbeit erscheint, wird bei uns als gesellschaftlicher Skandal der Arbeitslosigkeit wahrgenommen und diskutiert. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre lässt sich – trotz aller konjunkturellen Auf und Abs und trotz aller Unterschiede – ein Ansteigen der Arbeitslosenraten in den wichtigen westlichen Industrieländern – insbesondere in Europa – beobachten. Die Rede ist von einem säkularen Trend.

Schauen wir uns das in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands etwas genauer an: Mitte der siebziger Jahre schien sich die Bundesrepublik im Zenit ihrer Geschichte zu befinden. Hinter ihr lagen die Jahre des Wirtschaftswunders, sogenannte Goldene Jahrzehnte, weil in ihnen wirtschaftliches Wachstum sozialstaatlich gestützt mit sozialem Fortschritt Hand in Hand ging und durch Veränderungen in der Lebensweise und im Konsum verstärkt wurde. In der „Süddeutschen Zeitung“ wurde das kürzlich mit leiser Ironie und Wehmut folgendermaßen beschrieben: „Kapital und Arbeit, der Einzelne und die Gesellschaft waren miteinander verbunden durch ein Wertesystem, das sich soziale Marktwirtschaft nannte. [...] Die Gewinne der Unternehmen waren nicht besonders hoch damals, aber alle fuhren gut damit, auch die Unternehmer, weil das Wachstum stetig, die Zukunft planbar, das Leben in den Familien geordnet war.“²³ Wir hatten zwar damals schon ein kleines Arbeitslosenproblem, aber das schien sich mit Hilfe von Keynes und den von ihm entwickelten Methoden staatlicher Wirtschaftspolitik lösen zu lassen. Das hat funktioniert, aber die Lösungen waren nicht von Dauer.

Die Mitte der siebziger Jahre wird deswegen rückblickend auch als Wendepunkt bezeichnet, in Zeitdiagnosen ist von einem „Umbruch in der sozio-ökonomischen Entwicklung die Rede“.²⁴ Die Vorstellung „immerwährender Prosperität“ hat sich als „kurzer Traum“ herausgestellt²⁵. Seit damals sind wir damit konfrontiert, dass der Kapitalismus in seinen Zentren in eine neue Entwicklungsphase getreten ist. Das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts beschreibt Eric Hobsbawm als „Erdrutsch“, der bis heute nicht zum Stoppen gekommen ist²⁶. Seitdem beherrscht die „Krise des fordistischen Produktions- und Sozialmodells“ – das

²² Ders., Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann, Hamburg 1992, S. 94.

²³ Christian Nürnberger, Die Gier der Patrioten, in: Süddeutsche Zeitung vom 1./2. 7. 2006.

²⁴ SOFI; IAB; ISF München; INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeits- und Lebensweisen. Erster Bericht, Wiesbaden 2005, S. 11.

²⁵ Vgl. Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität – Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York 1984.

²⁶ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 501 ff.

bevorstehende Ende jener institutionellen Arrangements, die bis heute in normativer und struktureller Hinsicht unsere Gesellschaft prägen – auch die arbeits- und industriesoziologische Diskussion. Bei diesem Modell handelte es sich in Deutschland und Europa um einen robusten Zusammenhang von industrieller Massenproduktion und Massenkonsum, sozial geschützten Normalarbeitsverhältnissen für Männer, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in der Normalfamilie, niedriger Frauenerwerbsquote, kompromissorientierten Arbeitsbeziehungen sowie eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates.

Auch in der sozialwissenschaftlichen Arbeitsforschung war seitdem die entscheidende Metapher die der „Krise“ und der entscheidende Begriff der des Endes – die Krise des Lohnanreizes, das Ende der Arbeitsteilung. Daraus destillierte man die Perspektive von etwas Neuem: eines neuen Rationalisierungstyps, neuer Produktionskonzepte, neuer Paradigmen. Offensichtlich wird dieser gesellschaftliche Umbruch aber gerade nicht durch das „Ende der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft“ markiert, sondern es ist die Entwicklung von Arbeit selbst, in der sich die Umbrüche manifestieren. Entscheidend ist der historische Bezugspunkt dieser Debatte: In ihrem Kern stand immer die Auseinandersetzung mit der tayloristisch-fordistischen Organisation von Arbeit (zentralistische Planung, Hierarchie, starre Arbeitsteilung, Leistungslohn, restriktive Arbeit u. ä.). In der Arbeitsforschung entspann sich zunächst ein Streit über die Frage, inwieweit die beobachtbaren Veränderungen in der Entwicklung von Arbeit auf einen tiefer gehenden Umbruch verweisen oder noch im Rahmen von Kontinuitäten interpretiert werden können. Es war auch eine Auseinandersetzung zwischen quantitativ und qualitativ orientierten Sozialforschern: In den Datenreihen der einen war der Umbruch noch nicht angekommen, das Neue war „im Durchschnitt verschwunden“, und bei den anderen beschränkte sich der empirische Beleg oft nur auf spektakuläre Beispiele aus einzelnen Branchen und Beschäftigtengruppen. Dieser Streit ist inzwischen erledigt. Ob mit oder ohne Umbruchmetapher: Der empirische Tatbestand radikaler Veränderungen in der Entwicklung von Arbeit – sei es in den Beschäftigungsverhältnissen, der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeit, der Qualifikationsanforderungen, der Lohn- und Leistungsbedingungen – ist nicht mehr zu bestreiten.

Richtig deutlich geworden ist dieser Umbruch erst in den neunziger Jahren. Der eiserne Vorhang fiel, der Kapitalismus hatte den Kommunismus besiegt, und der Begriff der Wende war in aller Munde und von vielen Hoffnungen begleitet. Wir bezeichnen diese Jahre deshalb auch als Umschlagphase: Nach einer ersten Phase der Entdeckung der Krise in den siebziger und einer Inkubationszeit in den achtziger Jahren, die von Suchprozessen und der partiellen Umsetzung neuer Strategien gekennzeichnet war, wurde hier die Krise in vollem Umfang manifest.

Erst Anfang der neunziger Jahre setzten sich sowohl Konzepte einer neuen Arbeitsteilung – Stichwort flache Hierarchien und partizipatives Management –, als auch Vernetzungskonzepte (meist auf der Basis weiterentwickelter Technologien) im breiten Umfang durch. Ähnliches gilt für die Tendenz einer Flexibilisierung von Arbeit: Sowohl die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses wie die Flexi-

bilisierung der Arbeitszeiten wurden Mitte der achtziger Jahre entdeckt und breit debattiert, aber erst in den neunziger Jahren forciert vorangetrieben. Auch die sogenannten Megatrends wie Globalisierung, Informatisierung und Tertiarisierung haben sich in den neunziger Jahren mit dem institutionellen Umbruch des fordistischen Produktions- und Sozialmodells verbunden und dadurch einen qualitativen Schub erfahren. Schließlich lässt sich auf der Ebene der gesellschaftlichen Legitimationsmuster ein Umschlag feststellen: Mit der Durchsetzung eines „kulturellen Neoliberalismus“ erhalten Maßnahmen einer politischen Deregulierung ebenso wie die Restrukturierung von Unternehmen und Arbeitsformen ein legitimatorisches Fundament. Dem entspricht die These der Alternativlosigkeit des in den neunziger Jahren eingeschlagenen Weges: Die Rückkehr zum Alten wird diskreditiert („Betonköpfe“ und „Blockierer“), und mit Reform- und Innovationsmetaphern wird die immer weitergehende Anpassung an die Krise als unausweichlich dargestellt.

Es geht um einen grundlegenden Wandel von Erwerbsarbeit, in dem Ökonomie und Gesellschaft, Betrieb und Markt, Unternehmen und Arbeitskraft, Arbeit und Leben – durch Prozesse der Entgrenzung – in neuartiger Weise aufeinander bezogen sind. Wenn man will, kann man diesen radikalen Umbruch – der noch nicht zu Ende ist – als „Auflösung der fordistischen Arbeitsgesellschaft“²⁷ bezeichnen, der jedoch nicht das Ende der Arbeitsgesellschaft einläutet, sondern vielmehr in der Entwicklung von Arbeit selbst, in den weit reichenden Prozessen ihrer Veränderung, seinen Ausdruck findet.

5. Radikale Vermarktlichung

Ökonomische Restrukturierungsansätze, betriebliche Rationalisierungsleitbilder und kulturelle Legitimationsmuster verdichten sich in den neunziger Jahren zu einem neuen Muster der Anpassung an die Krise des Fordismus, deren innerer Kern eine „forcierte Vermarktlichung“ der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit ist. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. Juli 2006 liest sich das dann wie folgt: Anfang der neunziger Jahre „kündigte die Kapitalseite die Solidarität, die ‚bundesdeutsche Konsensscheiße‘ (Olaf Henkel) wurde abgeschafft. [...] Und auf der ganzen Welt gilt nur noch eine Spielregel: die des Marktes. Die Vorstände der Allianz (die gerade angekündigt haben, 7500 Mitarbeiter zu entlassen) sagen: was sie tun, müssen sie tun, es sei nicht nur zum Besten ihrer Aktionäre, sondern auch zum Besten ihrer Mitarbeiter und zum Besten des Landes, denn wenn sie eine geringere Rendite erzielen als vergleichbare Unternehmen, verschwindet ihr

²⁷ Vgl. dazu u. a. Dieter Sauer, Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, Hamburg 2005; Nick Kratzer/Andreas Boes/Volker Döhl/Kira Marrs/Dieter Sauer, Entgrenzung von Unternehmen und Arbeit – Grenzen der Entgrenzung, in: Ulrich Beck/Christoph Lau (Hrsg.), Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?, Frankfurt a. M. 2004, S. 329–35; Dieter Sauer/Volker Döhl, Die Auflösung des Unternehmens? Entwicklungstendenzen der Unternehmensreorganisation in den 90er Jahren, in: ISF München u. a. (Hrsg.), Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1996 – Schwerpunkt: Reorganisation, Berlin 1997, S. 19–76.

Unternehmen vom Markt und es werden alle Mitarbeiter arbeitslos. Sie handeln also verantwortlich, wenn sie einen Teil der Belegschaft opfern, um den anderen Teil zu retten. Sie halten das Gesetz des Marktes für ein Naturgesetz, gegen das kein Widerspruch möglich ist.²⁸

Markt als generelles Steuerungs-, Organisations- und Allokationsprinzip gehört natürlich schon immer zu den zentralen Konstituenten kapitalistischer Gesellschaften. Was neu ist und die gegenwärtige Entwicklung charakterisiert, ist eine neue Stufe der Vermarktlichung, ihre Radikalisierung. Markt wird dabei oft nur als Metapher verwendet, die mehr meint, nämlich eine umfassende Durchsetzung der kapitalistischen Verwertungslogik und des Konkurrenzprinzips oder ganz generell eine weitergehende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Etwas präziser lässt sich Vermarktlichung als ein neues Verhältnis von Markt und Betrieb und Markt und Organisation fassen: Während es in der Perspektive fordistischer Unternehmen darum ging, die konkreten Produktionsabläufe gegenüber den Unwägbarkeiten des Marktes abzuschotten, setzen neue Konzepte darauf, den Markt zum Motor der permanenten Reorganisation der Binnenstrukturen zu machen. Damit wird der Markt in seiner Kontingenz und Dynamik zum Strukturierungsmoment der betrieblichen Organisation. Umgekehrt wird im Zuge dieser Prozesse jedoch auch der Markt selbst neu gestaltet. Marktprozesse werden instrumentalisiert und inszeniert, seine Unbestimmtheit und Dynamik wird auf diese Weise strategisch genutzt.

Die unmittelbare Ausrichtung der Unternehmen auf die Absatzmärkte, die Kunden, die Spezifika des Produkts und den Preis setzte sich in der Bundesrepublik bereits in den achtziger Jahren durch. Die Ausrichtung auf die Finanzmärkte, auf die Erwartungen der Investoren, ihre Renditemargen und den Kurswert auf den Aktienmärkten vollzieht sich aber erst seit Mitte der neunziger Jahre. Mit der Auflösung der „Deutschland AG“ – eine eigentümliche Verflechtung von Staat, Banken und Unternehmen, die die Unternehmen lange Zeit vor dem Einfluss internationaler Finanz- und Kapitalmärkte bewahrt hat – wird das produktive Kapital nun zum Anlageobjekt oder besser zur Anlageoption des globalen zinstragenden oder spekulativen Kapitals. Damit werden auch die Herstellungsprozesse in den Unternehmen zur abhängigen Variablen. Die Differenz zwischen dem industriellen Profit, der von der Effizienz der Produktionsfaktoren abhängt, und den davon abgelösten Renditeerwartungen der Investoren auf den Finanzmärkten erzeugt einen „maßlosen“ Verwertungsdruck, der in der permanenten Reorganisation der Unternehmen seinen Ausdruck findet.

Auch die Ressource Arbeitskraft wird in Herstellungsprozessen als Kostenbestandteil zur abhängigen Variable. Das Einkommen wird, je marktabhängiger der Lohn wird, zu einer Restgröße, der Gewinn als Renditemarge zum Ausgangspunkt. Eine Folge und Voraussetzung dieser Verkehrung ist die Entsicherung von Arbeitskraft, der Bruch mit der fordistischen betrieblichen und sozialstaatlichen Regulierung. Der Abbau des Sozialstaats und die Deregulierung sozialer Siche-

²⁸ Nürnberger, Die Gier der Patrioten.

zungssysteme flexibilisieren die Arbeitsverhältnisse und bringen wieder riesige Reservearmeen auf den Arbeitsmärkten hervor.

Mit der Vermarktlichung wird in den Unternehmen ein neuer Steuerungsmodus implementiert, den wir als „Indirekte Steuerung“ bezeichnen. Gemeint sind Steuerungsformen und Instrumente, mit denen der Markt, in mehr oder weniger abstrakte Zielvorgaben oder Wertgrößen übersetzt, zur „Naturbedingung“ von Arbeit wird. Das Neue an diesen Steuerungsformen besteht darin, dass sich das Management darauf „beschränkt“, den weiteren Rahmen festzulegen – z. B. „Kopf-Zahlen“ als Begrenzung der Gesamtbelegschaft, die technische Ausstattung, strategische Prioritäten – und spezifische Ziele vorzugeben (Umsatzziele, Erträge, Kosten, Termine). Die konkrete Bearbeitung wird weitgehend dezentralen Einheiten und in letzter Konsequenz den Beschäftigten selbst überlassen. „Macht was ihr wollt, aber seid profitabel“, so lautet die Parole²⁹.

Die Tendenzen der Vermarktlichung und Ökonomisierung ergreifen alle gesellschaftlichen Bereiche. Die „abstrakte Herrschaft der Zahlen“ reicht von Betrieb, Schule und Sozialeinrichtungen bis in die Familie. Dies scheint das zentrale strukturelle Merkmal der gegenwärtigen Übergangsphase zu sein: Es wird versucht, alles markt- oder warenförmig zu organisieren. Nicht nur in den Betrieben bestimmen der Markt und die darauf bezogenen ökonomischen Kennziffern und Benchmarks, wo Arbeit bleibt, wo sie abgebaut und wie sie bewertet wird. Auch wohlfahrtsstaatliche Institutionen richten ihre Leistungen zunehmend nach Marktkriterien aus. Und nicht zuletzt setzen sich auch in der Organisation der Familie und der Lebensführung ökonomische Effizienzkriterien durch.

In der Arbeitswelt verschwinden die Maßstäbe für eine politische Regulierung der Arbeit. Mit der Durchsetzung ergebnis- und marktorientierter Steuerungsformen von Arbeit bricht die traditionelle Verbindung von Zeit und Leistung. Wenn nur noch das Ergebnis zählt, wird Leistung vom arbeitskraftbezogenen Aufwand losgelöst. Die Arbeitszeit dient dann zunehmend weniger als Maßstab der Bemessung und Bewertung von Arbeit und damit auch der Regulierung der Arbeits- und Leistungsbedingungen. Eine tendenziell „entzeitlichte“ Leistungs politik verlangt von den Beschäftigten, den Zusammenhang von Zeit und Leistung selbst herzustellen. Sie müssen für sich selbst ein Maß setzen, das einer marktorientierten maßlosen Leistungs politik gegenübergestellt werden kann. Dies schafft neue Bedingungen für die Durchsetzung individueller und kollektiver Interessen und verlangt einen Neuanfang in der betrieblichen und tariflichen Regulierung von Arbeit³⁰.

Der Verlust von Maßstäben gilt aber auch für gesellschaftliche Grundwerte wie der sozialen Gerechtigkeit, die zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit verkommt. Nachzulesen ist dies in den Programmdebatten der Sozialdemokratie in

²⁹ Vgl. Wilfried Glissmann/Klaus Peters, Mehr Druck durch mehr Freiheit – Die neue Autonomie der Arbeit und ihre paradoxen Folgen, Hamburg 2001.

³⁰ Vgl. Dieter Sauer/Volker Döhl/Nick Kratzer/Kira Marrs, Arbeiten ohne (Zeit-)Maß? – Ein neues Verhältnis von Arbeitszeit- und Leistungs politik, in: Frank Bsirske/Margret Mönig-Raane/Gabriele Sterkel/Jörg Wiedemuth (Hrsg.), Es ist Zeit – Das Logbuch für die ver.di-Arbeitszeitinitiative, Hamburg 2004, S. 155–177.

den letzten Jahren³¹ oder auch in dem schon zitierten SZ-Artikel³²: Das Gesetz des Marktes „kennt kein gemeinsames Drittes, weiß nichts von der Gemeinwohlverpflichtung, der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. [...] die im Grundgesetz verankerten Werte werden nicht als schwer erkämpfte kulturelle Errungenschaften [betrachtet], sondern als Wettbewerbshindernisse, die dem Wachstum der Renditen im Wege stehen und darum abgeschafft gehören.“

6. Die Rückkehr des Subjekts in die Ökonomie

In den neuen indirekten Steuerungsformen von Arbeit wird die individuelle Arbeitskraft unmittelbar mit der wachsenden Dynamik von Markt- und Kundenanforderungen konfrontiert. Selbstorganisation, Ergebnisorientierung und flexible Arbeitszeiten bauen die bisherigen institutionellen Puffer zwischen Individuum und Markt ab. Entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung von kontingenten und variablen Anforderungen ist eine neue Autonomie in der Arbeit. Die angestrebten Produktivitätsfortschritte und Profitsteigerungen können nur dadurch erreicht werden, dass die Unternehmen klassische Forderungen nach mehr Arbeitnehmerselbständigkeit erfüllen. Durch eine bloße „Scheinselbständigkeit“ oder nur eine ständige Propagierung von neoliberalen Gedankengut sind diese Effekte nicht zu erreichen. Bürokratische Anweisungsstrukturen müssen realiter demontiert werden.

Dabei ist es wichtig, die neue Autonomie von alten Formen der Autonomie in der Arbeit zu unterscheiden. Ging es früher um die Gewährung von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen, so geht es heute um die unmittelbare Konfrontation mit den Rahmenbedingungen des eigenen Handelns. Damit verändern sich nicht nur die Formen der Unternehmensorganisation, sondern das Prinzip von Unternehmensorganisation selbst, wobei die indirekte Steuerung immer größere Bedeutung erlangt. Unter indirekter Steuerung verstehen wir „eine Form der Fremdbestimmung von Handeln, die sich vermittelt über ihr eigenes Gegenteil, nämlich die Selbstbestimmung oder Autonomie der Individuen umsetzt, und zwar so, dass sie dabei nicht nur auf explizite, sondern auch auf implizite Anweisungen, sowie auf die Androhung von Sanktionen verzichten kann“³³.

Der Grundgedanke der indirekten Steuerung besteht darin, die Form der Abhängigkeit, in der sich der freie Unternehmer gegenüber seinen Rahmenbedingungen befindet, in die Steuerung unselbständig Beschäftigter zu „importieren“. Der abhängig Beschäftigte übernimmt unternehmerische Funktionen und gerät dabei in ein widersprüchliches Verhältnis zu sich selbst. Sein Interesse an

³¹ Vgl. Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: PROKLA 121 – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft – 30 (2000), S. 489–527.

³² Nürnberg, Die Gier der Patrioten.

³³ Klaus Peters/Dieter Sauer, Indirekte Steuerung – eine neue Herrschaftsform. Zur revolutionären Qualität des gegenwärtigen Umbruchprozesses, in: Hilde Wagner (Hrsg.), Rentier ich mich noch? Neue Steuerungskonzepte im Betrieb, Hamburg, 2005, S. 23–58, hier S. 24.

der Entfaltung seiner Individualität gerät in Konflikt mit seinem unternehmerischen Interesse am betriebswirtschaftlich definierten Erfolg. Ziel der neuen Unternehmenssteuerung ist es, die Individuen dazu zu bringen, dass sie alle Ressourcen für den Verwertungszweck mobilisieren. Dabei geht es zum einen um den Einsatz aller potenziell verwertbaren subjektiven Eigenschaften, die das Vermögen lebendiger Arbeit kennzeichnen, und zum anderen um die Entwicklung und Entfaltung dieses Arbeitsvermögens, das in Leistung transformiert und gesteuert werden soll. Die indirekte Steuerung bringt die Individuen in eine Lage, in der sie selber die Perspektive des Unternehmens auf sich einnehmen und sich ihre eigenen Kräfte und sozialen Beziehungen in „Ressourcen“ des unternehmerischen Erfolgs verwandeln. Individualisierung, als Zeitdiagnose früher vor allem auf die private Lebenswelt und die private Lebensführung bezogen, kehrt so in die Ökonomie zurück. In den Kernbereichen von Ökonomie und Arbeit kommt es zu einer forcierten Individualisierung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Die These der Subjektivierung von Arbeit³⁴ reflektiert diesen widersprüchlichen Prozess. Sie besagt zum einen, dass subjektive Potenziale und Ressourcen in erweiterter Weise vom Betrieb gefordert und vereinnahmt werden. Andererseits verweist sie aber auch auf die Ansprüche der Individuen nach mehr Entwicklungschancen, mehr Partizipationsmöglichkeiten, mehr Erlebnisqualität auch und gerade in der Arbeitswelt. Entfaltung und Gefährdung, erweiterte Selbstbestimmung und internalisierte Selbst-Beherrschung liegen nah beieinander, sind die untrennbar aufeinander bezogenen zwei Seiten der gegenwärtigen Restrukturierung. Arbeit dringt stärker in das Leben ein und das Leben in die Arbeit. Die Grenzen zwischen betrieblich organisierter Erwerbsarbeit und privatem, heim- und familienbasiertem Leben werden unscharf. Vermarktlichung und Individualisierung finden heute offensichtlich nicht mehr in getrennten Sphären statt, sondern beide in der Arbeits- und Lebenswelt.

Für eine politische Bewertung dieser Veränderungsprozesse gilt es, die Dialektik von Unterwerfung und Befreiung, die diesen Prozessen immanent ist, präziser zu bestimmen. Verkrustete institutionelle (Herrschafts-)Strukturen brechen auf, neue Freiheitsräume für die Individuen sind nicht nur ideologische Versprechen, sondern werden real, werden zu funktionalen Bestandteilen einer neuen Ökonomie. Gleichzeitig verbindet sich diese Freisetzung mit neuer Unsicherheit und einer Unterordnung individuellen Handelns unter die Imperative einer abstrakter (globaler) werdenden kapitalistischen Ökonomie. Die Prozesse sind widersprüchlicher als sie erscheinen mögen: Die Beharrungskräfte gesellschaftlicher und privater Lebensbereiche widersetzen sich ihrer „Kolonialisierung“, neue Gestaltungsfreiheiten brechen sich an Resten „vergänger“ bürokratischer Herrschaftsformen. Die Zeiten einer einfachen politischen Bewertung sind vorbei – so oder so. Das Positive und Negative der Entwicklung lässt sich nicht mehr so einfach auseinanderdividieren. Ökonomisierung löst weder das neoliberale Freiheits-

³⁴ Vgl. Nick Kratzer/Dieter Sauer, Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit, in: Bericht-erstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (wie Anm. 10), S. 125–149.

versprechen ein, noch bedeutet sie die Totalisierung der Ökonomie. Ökonomisierung verweist auf eine neue Qualität der Ökonomie (z. B. auf die Differenz zwischen industriellem Profit und finanzmarktbezogener Rendite und die dadurch ausgelöste Dynamik der „Maßlosigkeit“) und auf die Auflösung der Grenzen zwischen Ökonomie und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Ökonomisierung setzt auf die Nutzung der subjektiven Potenziale menschlicher Arbeit und auf die neue Selbstständigkeit und Autonomie der Beschäftigten. Sie ist angewiesen auf deren Entfaltung, und gleichzeitig vereinnahmt sie diese Potenziale, wobei immer das Risiko, sie wieder zu zerstören, besteht. Es ist deswegen zunehmend das Individuum, das die Widersprüche der Ökonomisierung austragen muss: Das kann zu weitergehender Vereinnahmung oder zu Ohnmacht führen – daraus können aber auch politische Einsichten erwachsen³⁵.

7. Arbeit im Umbruch

Vermarktlichung und Subjektivierung hinterlassen Spuren. Der Umbruch erzeugt eine zwiespältige, unübersichtliche „Landkarte“ der Arbeit. Er hat in einzelnen Branchen und für einzelne Beschäftigtengruppen sehr unterschiedliche Konsequenzen. So setzen sich Tendenzen einer Vermarktlichung in dezentralisierten, kundenorientierten Dienstleistungsbereichen sehr viel schneller und stärker durch als in komplexen, immer noch konzentrierten Produktionsbereichen. Selbstorganisierte, subjektivierte Arbeit findet sich eher bei Höherqualifizierten, während bei Niedrigqualifizierten immer noch standardisierte Arbeitsvollzüge vorherrschen. Flexibilisierung von Arbeitszeit und Beschäftigung trifft Frauen anders als Männer.

Flexible Erwerbsformen bestehen bei modernen Tagelöhnern, die befristet, auf Abruf oder als Leiharbeiter arbeiten, bei neuen Selbstständigen bis zu erfolgreichen Gründern neuer Unternehmen. Die Spaltungslinien in den Belegschaften sind zum Teil die alten, aber sie werden tiefer und instabiler. Es wird ein flexibles Beschäftigungssegment aufgebaut, das in sich sehr heterogen ist: Es umfasst verschiedene Erwerbsformen – von geringfügiger Beschäftigung bis zur Selbstständigkeit – sowie unterschiedliche Qualifikations- und Kompetenzprofile mit ganz verschiedenen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Die relative Zunahme flexibler Beschäftigter bei expandierenden Belegschaften erfolgt nicht mehr im alten Modus einer Segmentierung in Kern- und Randbelegschaften: Flexibilisierung der Beschäftigung erreicht auch die ehemaligen Kernfunktionen eines Unternehmens und damit auch die Qualifizierten und Hochqualifizierten. Die traditionellen Sicherheiten der Mittelschichten (vom Produktionsfacharbeiter und qualifizierten Angestellten bis zu Hochschulabsolventen) lösen sich auf.

Flexibilisierung der Arbeitszeit führt nicht nur zu einer Vielzahl an Arbeitszeitmuster, sondern auch zu einer eindeutigen Polarisierung, die sich an Geschlecht

³⁵ Vgl. Dieter Sauer, „Du bist Kapitalismus“ oder die Widersprüche der Ökonomisierung. Beitrag zum 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 9.–13. Oktober 2006 in Kassel. Veröffentlichung in Vorbereitung.

und Qualifikation orientiert: Eine wachsende Gruppe arbeitet immer länger (vor allem Männer und Hochqualifizierte), eine zweite ebenso wachsende immer kürzer (vor allem Frauen und Geringqualifizierte). Eine dritte Gruppe, die zwischen 30 und 40 Stunden arbeitet, schrumpft³⁶.

Den Beschäftigten in selbstorganisierten Arbeitsformen mit wachsender Verantwortung und größeren Entwicklungsperspektiven stehen Beschäftigte gegenüber, die weiterhin oder auch zunehmend in restriktive Arbeitsvollzüge eingebunden sind. Charakteristisch scheint ein Nebeneinander von Menschen ohne Arbeit, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt sind, und Menschen, die „ohne Ende arbeiten“ und deren Gesundheit dabei Schaden nimmt. Ebenso charakteristisch ist das zunehmende Nebeneinander von prekären Beschäftigungsverhältnissen und weitgehend selbstverantwortlichem Arbeiten mit hohen individuellen Freiheiten. Insbesondere von Jüngeren wird die Verschränkung von Arbeit und Leben als Privileg gesehen: Subjektive Ansprüche und Bedürfnisse werden hier in der Arbeit stärker ausgelebt, und die Gruppe der Beschäftigten, die dieses Privileg nutzt, wird größer. Das Privileg ist jedoch zugleich ein Problem: Der Preis für das Ausleben hoher intrinsischer und arbeitsinhaltlicher Motivation besteht im Opfer von Lebenszeit und Lebensqualität. Arbeitsweltliche Qualität wird durch den Verlust lebensweltlicher Qualität erkaufte.

8. Arbeitsgesellschaft im Übergang

Wir sprechen von einer Übergangsphase, weil die gegenwärtige Entwicklung vor allem durch Instabilität, Heterogenität, Widersprüche und Konflikte gekennzeichnet ist. Es hat den Anschein, als hätten wir es mit einem Transformationsprozess zu tun, dessen wesentliches Merkmal die permanente Veränderung, eine auf Dauer gestellte Restrukturierung ist. Diese steuert nicht auf ein bestimmtes Ziel zu, sondern wälzt seine jeweils neu geschaffenen Voraussetzungen immer wieder um. Dies darf man sich aber nicht als einfache kreisende Bewegung vorstellen. Die darin wirksam werdenden Widersprüche sorgen permanent für eine vorwärts treibende Dynamik.

Vermarktlichung sprengt das fordistische Verhältnis von Markt und Organisation, von Arbeitskraft und Person und von Arbeit und Leben auf. Die in der fordistischen Produktionsökonomie gesetzten Grenzen der Verwertung von Kapital werden überwunden, die technischen und organisatorischen Grundlagen werden revolutioniert und die Nutzung von Arbeitskraft wird aus ihren institutionellen und motivationalen Grenzen gelöst (Flexibilisierung und Subjektivierung). Treibende Kraft sind die Konkurrenz auf den Absatzmärkten und die Renditeerwartungen der Investoren, sie stellen die von technischen und organisatorischen Faktoren bestimmte Effizienz der Produktion ständig in Frage. Aber die finanzgetriebenen kurzfristigen Renditeerwartungen gefährden die langfristigen Grundlagen

³⁶ Vgl. Nick Kratzer/Tatjana Fuchs/Alexandra Wagner/Dieter Sauer, Zeitmuster – Zeitverwendung im Kontext von Erwerbsarbeit und Haushalt, in: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (wie Anm. 10), S. 381–402.

von Unternehmen. Das hat nicht zuletzt das Beispiel der New-Economy-Krise gezeigt³⁷.

Die Tendenz der kapitalistischen Ökonomie zur Schranken- und Maßlosigkeit negiert die natürlichen Grundlagen von Arbeitskraft: die Bedingungen ihrer Nutzung im Arbeitsprozess wie auch die Bedingungen ihrer Reproduktion. Existenzielle Unsicherheit und Prekärität von Arbeit auf der einen Seite und zunehmende Überforderung durch maßlose Ausdehnung der Arbeitszeit und zunehmende Intensivierung in der Arbeit auf der anderen Seite sind die sichtbaren Konsequenzen. Schrankenlose Kapitalverwertung zielt jedoch immer auch auf eine Verschiebung der Grenze, zielt auf ein neues Niveau in der Nutzung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Der widersprüchliche Charakter des Übergangs resultiert nicht zuletzt daraus, dass es neben Prozessen der Begrenzung auch Prozesse der Entfaltung neuer gesellschaftlicher Entwicklungspotenziale gibt, die mit der neuen Qualität der Individualisierung zu tun hat, mit der „Subjektivierung von Arbeit“. Deren ökonomische Nutzung treibt die Entwicklung voran, scheint ihr zugleich aber auch entgegenzuwirken, d. h. als Gefährdung bzw. „gefährdete Entfaltung“ wirksam zu werden.

Hier kommt die Politik ins Spiel, denn das Verhältnis von Schrankenlosigkeit und Begrenzung ist immer auch von den politischen Kräfteverhältnissen bestimmt. Neben den immanenten ökonomischen Grenzen sind es vor allem die von der Politik gesetzten sozialen und moralischen Grenzen, die hier zu beachten sind. Politik heißt deswegen, gesellschaftliche und individuelle Umgangsweisen mit der der Vermarktlichung und Individualisierung inhärenten Maßlosigkeit zu finden. Und das in doppelter Weise: in der Begründung notwendigen Widerstands wie in der Bestimmung von progressiven Politikansätzen in der Übergangsphase. Grenzen setzen und Potenziale entwickeln sind dabei die entscheidenden Anforderungen an Politik, die nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

Nun stehen wir vor dem Problem, dass in der gegenwärtigen Übergangsphase Momente des Progressiven und Momente des Destruktiven so zusammenkommen, dass sie sich wechselseitig auszuschließen scheinen. Daraus folgt, dialektisch gefasst, die „Unhaltbarkeit“ solcher Übergänge, also die Unmöglichkeit, dass es sich bei diesen Übergängen um dauerhaft stabile Zustände handeln könnte. Die Widersprüchlichkeit ist dann nur ein anderer Ausdruck für die in der Situation liegende objektive Dynamik, die über den gegenwärtigen Zustand hinaustreibt. Die „unhaltbare“ Situation des Übergangs ist durch eine Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte gekennzeichnet, deren Ausgang offen ist. Die Auseinandersetzungen über den Umbau (bzw. Abbau) des Wohlfahrtsstaats, die Standort- und Beschäftigungssicherung, die Arbeitszeitverlängerung und die Gesundheitsgefährdung nehmen ebenso an Schärfe zu, wie sich individuelle Konflikte zuspitzen – so z. B. als individualisierter Arbeitszeitkonflikt, der vermehrt in den Partnerschaften und Familien ausgetragen werden muss, oder als die im Individuum

³⁷ Vgl. Georg Erber/Harald Hagemann: „The New Economy in a Growth Crisis“, in: *The New Economy in a Transatlantic Perspective: Spaces of Innovation*, hrsg. von Kurt Hübner, Routledge Studies in Governance and Change in the Global Era, London/New York 2005.

selbst stattfindende Auseinandersetzung um die Entfaltung oder die Sicherung des eigenen Arbeitsvermögens.

Erkennbar wird ein steigendes Konfliktpotenzial auf der Seite der Arbeitnehmer, wo eine Reihe relativ unverbundener und teilweise gegeneinander stehender Konflikte erkennbar ist. Da gibt es zum einen Widerstand und Protest gegen eine zunehmende existenzielle Unsicherheit der Arbeitslosen, der von Arbeitslosigkeit Bedrohten, der prekär Beschäftigten und der wachsenden Gruppe derer, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. Wirft man einen Blick auf andere Länder, so zeigen sich nicht unerhebliche Formen des Widerstands. Beverly Silver hat in ihrem Buch „Forces of Labor“, in dem sie den Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Globalisierung untersucht, den Begriff des „labor unrest“, der Arbeits- oder Arbeiterunruhe, geprägt, die sich auch jenseits der organisierten Arbeiterbewegung entwickelt³⁸. Da ist zum anderen erhöhter Widerstand gegen eine zunehmende Überforderung in der Arbeit zu beobachten, die sich aus einer maßlosen Ausdehnung der Arbeitszeit und einer zunehmenden Intensivierung der Arbeit ergibt. Ein Beispiel dafür ist die Aktion „Arbeiten ohne Ende – Meine Zeit ist mein Leben“ der IG Metall, die ihren Ausgangspunkt bei hochqualifizierten Beschäftigten der IBM nahm. Konfliktpotenzial erwächst bei diesen Beschäftigtengruppen auch daraus, dass die versprochenen Sinnperspektiven in der Arbeit immer weniger eingelöst werden. Zu beobachten ist ein neues Arbeitnehmerbewusstsein, das allerdings nicht mit dem traditionellen instrumentellen Arbeiterbewusstsein zu verwechseln ist, das die Sinnperspektiven jenseits der Arbeit gesucht hat. Hier bleiben sie auf die Arbeit und auf die Qualität des Lebens in der Arbeit bezogen.

Die Zukunft der Arbeit bleibt mithin ein offenes Projekt. Die hier skizzierte Zeitdiagnose – und das gilt wohl für die Soziologie schlechthin – erhebt nicht den Anspruch, über mögliche gesellschaftliche Zukünfte dezidierte Aussagen zu machen. Aber sie erlaubt eine Einschätzung möglicher Optionen, die in der Auflösung der alten fordistischen Arbeitsgesellschaft erkennbar werden:

„Die Zukunft liegt in der Vergangenheit“. Der Weg zurück zu alten Verhältnissen wird von vielen gefordert, vor allem von denen, die die Sicherheiten des alten Sozial- und Wohlfahrtsstaates zurückhaben bzw. erhalten wollen – angesichts der Dynamik des gegenwärtigen Umbruchprozesses eine unrealistische Perspektive. Unsere Diagnose zeigt aber auch, dass das Festhalten an sozialen Errungenschaften seine Berechtigung hat. Dies ist nicht gleichzusetzen mit einer Rückkehr zu fordistischen Verhältnissen. Die alten Zustände will kaum einer wirklich zurück, vor allem nicht die alten hierarchischen und bürokratischen Organisationsstrukturen und auch nicht die alten restriktiven Arbeitsformen.

Eine andere Option liegt in einer weitergehenden Subjektivierung der Arbeit und damit in einer noch intensiveren Suche nach Sinnperspektiven in der Arbeit. Mit der Auflösung bürokratischer Herrschaft werden die Unternehmen veranlasst, das Gegenteil von Hierarchie und Unterordnung, die neue Selbststän-

³⁸ Vgl. Beverly J. Silver, *Forces of Labor – Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg 2005.

digkeit der abhängig Beschäftigten „in Betrieb zu nehmen“. Das ist die schwache Stelle, die Achillesferse der neuen Steuerungsformen von Arbeit. Der einzelne Beschäftigte nimmt die Aufforderung zum unternehmerischen Handeln ernst und erlebt die kapitalistische Unternehmerfunktion als eine Fessel für die Entfaltung seiner Individualität. Dies kann zu der Einsicht führen, dass und wie Herrschaft sein Verhältnis zu sich selbst bestimmt. Diese Erkenntnis wäre schon eine Form und ein erster Schritt, in der sich die Befreiung des Individuums vollzieht – nämlich im Denken. Eine Voraussetzung für politisches Handeln.

Schließlich ist eine dritte Option zu erwähnen, die am alten Menschheits Traum vom weniger arbeiten ansetzt: weniger arbeiten und länger leben. „Endlich wird die Arbeit knapp“, so stand es auf einem Plakat, das ich kürzlich auf einer Demonstration gesehen habe. In dieser einfachen Parole wird die ganze Widersinnigkeit der kapitalistischen Organisation von Arbeit deutlich, wenn man sie an dem misst, was sie selbst in immer weniger Zeit produziert: den Überfluss an Lebensmitteln für den Erhalt und ein gutes Auskommen der ganzen Menschheit. Die Parole zeigt aber auch, wie schwer sie in unsere Köpfe geht, wie wir selbst geprägt sind von den Mechanismen einer kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Das Problem der knapper werdenden Arbeit mit Mehrarbeit zu verschärfen, wird gegenwärtig fast allgemein akzeptiert. Was sich für das einzelne Unternehmen rechnen mag, wird sich aber für die Gesellschaft als ruinös erweisen.